



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.5 | Juli 2018

Wir wünschen
allen Genossinnen und Genossen,
allen Leserinnen und Lesern
einen erholsamen Sommer!

| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE

Landesverfassungsgericht

CDU, FDP, Grüne und SSW – sorglos bei der Personalauswahl

Das Landesverfassungsgericht entscheidet über die Auslegung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein. Seine Tätigkeit ist von hoher Bedeutung. Die Auswahl der Richterinnen und Richter muss sorgfältig erfolgen. Der Kandidat von CDU, FDP, Grünen und SSW für das Amt eines stellvertretenden Verfassungsrichters hat Kontakt zu umstrittenen rechten Vereinen gehabt. Er war dort gutachterlich und als Referent tätig. Besonders problematisch ist das Gutachten: Gegen Bestandteile des Aktionsplanes gegen Homophobie hatten in der letzten Legislaturperiode zunächst CDU

und FDP opponiert, in dieser war es die AfD, die im Februar 2018 ein Rechtsgutachten von eben Professor Dr. Winterhoff aus Hamburg eingeführt hat, das auf einen Widerspruch zum Schulgesetz hinweise, wenn an Schulen Akzeptanz statt Toleranz sexueller Vielfalt vermittelt würde. Gutachten und Autor waren also mindestens seit Anfang des Jahres mindestens den Mitgliedern des Bildungsausschusses bekannt. Wie konnte das nur „durchrutschen“? CDU, Grüne, FDP und SSW hier zunächst nicht die nötige Sorgfalt walten lassen und erst nach Hinweisen aus der SPD Fraktion diesen Kandidaten fallen lassen.

„Das Vorschlagsrecht für diese Position liegt bei der CDU-Fraktion. Sie muss es nächstes Mal besser machen.“

Wir passen auf!

Thomas Rother





Lübeck

Frauenhäuser brauchen Sofort-Hilfe!

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt müssen immer skandalisiert und bekämpft werden. Gewalt sind nicht nur Schläge und Tritte - Gewalt beginnt mit Beleidigungen und Bedrohungen! Gewalt ist jedes Verhalten, das sich durch körperliche, sexuelle, seelische, soziale und finanzielle Übergriffe und Abhängigkeiten darstellt. Von Gewalt betroffene Frauen und Kinder brauchen unsere Solidarität! Von Gewalt Betroffene Frauen und Kinder brauchen Unterstützung und menschenwürdige Lebenssituationen. Das gilt auch für die Frauenhäuser in der Hansestadt Lübeck. Das autonome Frauenhaus ist total überbelegt. Das AWO Frauenhaus ist mit seinem Konzept ausgelastet. Insgesamt könnten in Lübeck bis zu 30 zusätzliche Plätze in den Frauenhäusern notwendig sein. Erstaunlich daran ist dabei der Verweis auf die

Schwarz/Gelbe Regierungszeit 2009 – 2012!

Da wurden 42 Plätze in Frauenhäusern einfach gestrichen! Bleibt festzuhalten – nicht alternativlos, sondern total kurzsichtig! Was wäre aktuell zu tun? Im autonomen Frauenhaus könnten die im November 2017 beantragten 60.000 € bewilligt werden, um Investitionsbedarf abzuwehren.

So könnte im AWO Frauenhaus sofort eine Wohngemeinschaft mit bis zu 7 Plätzen geschaffen werden. Und notwendig wäre auch die Schaffung einer behindertengerechten Wohnung. Sind doch Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen allen Formen von Gewalt deutlich häufiger und oft auch fortgesetzt von Gewalt betroffen.

„In einer Gesellschaft, in der Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung Realität ist, brauchen Betroffene - brauchen von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder - unsere Solidarität und Sofort-Hilfe!“

Hier ist auch "Jamaika" gefordert.

Wolfgang Baasch

Landespolitik

Umweltschutz geht vor

Die AfD fordert in ihrem aktuellen Antrag die Änderung des Landeswassergesetzes. Motorfahrzeuge, die mit einem Elektromotor mit einer Leistung bis zu 900 Watt ausgestattet sind, sollen von der Genehmigungspflicht ausgenommen werden. Die Freigabe solle vor allem dem Bürokratieabbau für Angler mit körperlichen Einschränkungen dienen. Die Elektromotoren würden zudem kaum Geräusche oder Abgase erzeugen.

Bereits heute kann nach dem Landeswassergesetz in Ausnahmen das Befahren von nicht schiffbaren Gewässern 1. und Gewässern 2. Ordnung mit motorisierten Angelfahrzeugen zugelassen werden. In der Regel ist der Betrieb einer begrenzten Anzahl von Motorfahrzeugen mit einer Genehmigung auf den betroffenen Gewässern möglich. Welche Folgen hätte also diese Änderung? Wir sehen bei einer generellen Freigabe Gefahren für die Umwelt und den Gewässerschutz. Einerseits ist die Anzahl der motorisierten Fahrzeuge dann nicht mehr zu beeinflussen. Angesichts der wachsenden

Zahl von wilden Deponien ist es leicht vorstellbar, dass ausgediente Batterien im Uferstreifen entsorgt werden. Solange jedoch Genehmigungen erteilt werden, ist wenigstens nachvollziehbar, wer Verursacher dieser Umweltsünden sein kann. Eine einfache Ausklammerung dieser Motorboote von der Genehmigungspflicht hätte also nicht absehbare Folgen für diese Gewässer unseres Landes.

Nach jetziger Gesetzeslage ist eine Genehmigung zu versagen oder mit Auflagen zu versehen, wenn wegen der Art, Größe oder Zahl der Wasserfahrzeuge durch das Befahren das Wohl der Allgemeinheit, vor allem die öffentliche Wasserversorgung, Natur oder Landschaft, die Gewässer oder ihre Ufer oder die öffentliche Sicherheit beeinträchtigt werden können. Argumente, die uns überzeugen.

Mit diesem Antrag zeigt sich erneut das fehlende Verständnis der AfD-Fraktion für den Schutz unserer Umwelt. Daher werden wir als SPD-Fraktion diese Gesetzesänderung nicht unterstützen.

„Für uns geht Umweltschutz vor!“

Kerstin Metzner





Lübeck

Sommergruß

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die parlamentarische Sommerpause hat begonnen, doch Sommertheater haben wir in den letzten Wochen im Übermaß erlebt. Auf Bundesebene hat die CSU eine Regierungskrise vom Zaun gebrochen, wie wir sie lange nicht mehr erlebt haben. Vordergründig geht es um ein paar Dutzend Flüchtlinge – doch in Wirklichkeit wird das Handeln der CSU von Profilneurosen, persönlichen Animositäten und Existenzangst getrieben. Die SPD ist diesem Desaster auf einer inhaltlichen Ebene begegnet und hat für einen Kompromiss gekämpft, der den Egotrips einer Regionalpartei eine gemeinsame europäische Lösung entgegensetzt und den Gedanken der Solidarität bewahrt. Angesichts seiner immer unerträglicher werdenden Äußerungen sollte Horst Seehofer seine Positionen als Innenminister aufgeben und sich aus der Politik zurückziehen. Leider bringt die Suche nach einer anderen Politik viele Menschen in die Fänge der AfD. Dabei geht es längst nicht mehr nur um einzelne Gesetzesinitiativen oder Einzelforderungen. Obwohl die großen Themen der AfD, „Flüchtlinge“, „Islam“ und die Ablehnung von Europa inhaltlich unklar und sogar widersprüchlich bleiben, zeigt Ihre Bedeutung, dass viele Menschen Zweifel haben, ob unsere demokratischen Institutionen den Herausforderungen dieser Zeit noch begegnen können. Für uns in der SPD ist klar: Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam angehen.

Unsere Idee bleibt die einer sozialen Gesellschaft.

Wir brauchen in Deutschland und Europa einen neuen Aufbruch und neuen Fortschritt für die

Idee einer sozial gerechten Gesellschaft, die unserem Gemeinwesen Inhalt, Zusammenhalt, Richtung und Menschlichkeit gibt. Der Weg der Erneuerung, den wir in der SPD gehen bedeutet nicht, dass am Ende eine SPD steht, die ihre Grundidee hinter sich gelassen hat. Nicht die sozialen Gedanken, nicht die SPD, nicht die Demokratie sind überholt. Unsere Demokratie lebt davon, dass Menschen ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern nicht nur etwas abfordern, sondern auch etwas zutrauen. Die Unionsparteien haben uns gerade viele Gründe dafür geliefert, dieses Vertrauen zu verlieren. In der SPD muss es darum gehen, aus unseren sozialdemokratischen Grundüberzeugungen die richtigen Antworten für die Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln. Wir müssen die Partei öffnen, Menschen wieder Mut zur eigenen Beteiligung und Einflussnahme zu machen. Auch in Bürgerinitiativen und in den Organisationen der Zivilgesellschaft. Aber eben auch bei uns. „Mehr Demokratie wagen“ bleibt für die SPD ein Angelpunkt ihrer Politik. Wir wollen dabei keine abstrakten Themen aufblasen, sondern konkrete Sachpolitik für die Menschen in Deutschland, in Schleswig-Holstein, in Lübeck machen. Wir wollen keine Sonntagsreden halten, sondern im Alltag mit Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn und Freunden sprechen, wie es gerade diese Woche auch Ralf Stegner getan hat, der sich hier in Lübeck über die Situation des öffentlichen Nahverkehrs informiert und sich mit Handwerkern und Selbständigen getroffen hat. Wir wollen die Probleme der Menschen hören, mit ihnen überlegen, was für sie und das Ganze gut ist und sie für unser besseres Modell einer sozialen Gesellschaft gewinnen. Das ist und bleibt unsere Zukunftsvision für unser Land. An ihr wollen wir festhalten in dieser bewegten Zeit.

*Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch*



Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau



Thomas Rother

Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender des Finanzausschusses
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de